

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/174

Bonn, den 13. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Die Mahnung der Gemeinden

32

Soforthilfe nicht notwendig ?

Von Landrat Edwin Zerbe, H&E

2

Belgrad - Bonn

27

Auf dem Höhepunkt der Spannungen

3

Nervosität

45

Union auf schwankendem Grund

4

Diktatur der leeren Kassen

51

Schwerwiegende Auswirkungen in Schleswig-Holstein

5 - 6

Übereinstimmung zwischen Athen und Bukarest

105

Bedeutende griechisch-rumänische Vereinbarungen

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

\* \* \*

## Die Mahrung der Gemeinden

---

### Soforthilfe nicht notwendig ?

Von Landrat Edwin Zerbe, MdB

Es ist still geworden um die Pläne zur Finanzreform. Ihre Erörterung ist zurückgetreten hinter den drängenden Fragen, die zu einem einigermaßen ausgeglichenen Abschluß des Bundeshaushaltes 1966 und zur Aufstellung des Bundeshaushaltes 1967 beantwortet werden müssen.

Über die Gemeindefinanzen hört man etwas mehr, dafür aber wenig Gutes. Eine Reihe von Gemeinden hat wegen ihrer finanziellen Situation und der Lage auf dem Kapitalmarkt bereits laufende Baumaßnahmen strecken oder völlig einstellen müssen. Dies gilt insbesondere für Verkehrsbauten.

Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, daß eine Soforthilfe zur Verbesserung der Gemeindefinanzen nicht notwendig sei, die Gemeinden sollten bis zum Abschluß der Neubewertung des Grundvermögens, das heißt bis 1970 oder noch länger, warten. Diese Meinung hat der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium auf eine Anfrage des Verfassers in der Bundestagsitzung vom 26. 1. 1966 ausdrücklich vertreten. Die Antwort der Bundesregierung vom 14. 7. 1966 auf die kleine Anfrage der SPD-Fraktion zur Verbesserung der Gemeindefinanzen geht von der gleichen Auffassung aus.

Der einzigen Lichtblick in diesem Dunkel stellt der Vorschlag des Hessischen Finanzministers Albert O s s w a l d vom Mai 1966 für eine finanzielle Soforthilfe an die Gemeinden dar. Er sieht vor, daß Bund und Länder bis zum Inkrafttreten der Finanzreform als Soforthilfe für die Gemeinden eine Finanzmasse bis zur Höhe von 2,4 Milliarden DM jährlich bereitstellen. Die Entscheidung über die Verwirklichung dieses Planes fällt bei den Beratungen über die Aufstellung des Bundeshaushaltes 1966. Es erscheint hier nicht notwendig, noch einmal die bisher bekanntgewordenen Vorschläge des Streichquintetts für einen Ausgleich des Bundeshaushaltes 1967 zu wiederholen. Es genügt, darauf zu verweisen, daß der Entwurf dieses Bundesetats in kühner Selbstverständlichkeit von einem Bundesanteil von 39 Prozent an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ausgeht.

Die Länder scheinen wenig geneigt, ihre starke Position, die ihnen aufgrund grundgesetzlicher Festlegung einen Anteil von 65 Prozent an

diesen Steuern zusichert, aufzugeben. Die Verhandlungen über diese Frage werden hart und zäh sein. Dabei besteht die Gefahr, daß die finanzielle Not der Gemeinden und der Oswaldsche Vorschlag in der Widerstreit der Bund- und Länderargumente untergehen. Die Hessische Landesregierung hat durch den Vorschlag ihres Finanzministers ihre Bereitschaft erkennen lassen, einen wesentlichen Teil der umstrittenen 4 Prozent, die eine Finanzmasse von 2 Milliarden DM bedeuten, den Gemeinden zur Verbesserung ihrer finanziellen Situation zukommen zu lassen. Die Verwirklichung dieses Vorschlags liegt im Interesse der Erhaltung eines gesunden Gleichgewichts zwischen den Säulen des demokratischen Staates: Bund, Länder und Gemeinden.

Das Verhalten der Partner beim Aushandeln der Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer bildet für die Gemeinden und Gemeindeverbände geradezu einen Prüfstein dafür, wie ernst die vielfachen Beteuerungen über eine gemeindefreundliche Einstellung tatsächlich genommen werden können. Hoffentlich wirkt sich die schwache Stellung, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Grundgesetz eingeräumt ist, nicht - wie in der Vergangenheit - auch dieses Mal wieder in einer finanziellen Benachteiligung aus.

+ + +

### Belgrad - Bonn - Auf dem Höhepunkt der Spannungen

sp - Seit dem verwerflichen Mord an einem jugoslawischen Konsul in Stuttgart sind die Spannungen zwischen Bonn und Belgrad angestiegen. In Belgrad behauptet man, deutsche Behörden ließen jugoslawische auf deutschen Boden agierende Terrorgruppen ungeschoren und jugoslawische Korrespondenten in der Bundesrepublik könnten wegen ständiger Drohungen ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. Ein jugoslawischer Korrespondent in Bonn hat die Bundesrepublik unter Polizeischutz verlassen. Die jugoslawische Regierung hat eine seit langer vorbereitete Besuchereise einiger CDU- und FDP-Politiker und Wirtschaftler nach Jugoslawien abgesagt. Die Bundesregierung täte gut daran, diese inzwischen auch in Form einer Note an die Adresse von Bonn gerichteten Vorwürfe nicht mit allgemeinen Redensarten von der Hand zu weisen. Im Hintergrund dieser unerfreulichen Vorgänge steht u.a. auch eine gezielte Aktion der Mächtigen in Belgrad. Sie liefern ständig der jugoslawischen Presse "Material" über angeblich revanchistische Umtriebe in der Bundesrepublik und sorgen auf diese Weise dafür, daß die Stimmung in Belgrad immer erhitzter wird. In diesem Zusammenhang muß auch die Frage gestellt werden, ob die Bundesregierung nicht schon allzu lange die zwar nicht offiziellen, aber immerhin noch bestehenden Beziehungen zu Jugoslawien etwas zu leichtfertig gehandhabt hat. Es stellt sich nämlich jetzt gerade anläßlich des Besuches des französischen Außenministers in Belgrad heraus, daß zwischen Frankreich und Jugoslawien "volle Übereinstimmung in bezug auf die Grenzprobleme in Europa" besteht. Diese Bemerkung bezieht sich natürlich auch auf die Oder-Neiße-Grenze...

+ + +

### Nervosität

#### Union auf schwankendem Grund

sp - Die letzten Meinungsumfragen zeigen einen Tiefstand der Unionsparteien im Urteil der Öffentlichkeit. Nur 39 Prozent aller Befragten wären bereit, heute ihre Stimme der CDU/CSU zu geben, wogegen die Sozialdemokraten 52 Prozent erwarten könnten. - Und dies kaum ein Jahr nach den letzten Bundestagswahlen mit ihrem, wie es sich nun herausstellt, doch recht fragwürdigen "Erhard-Sieg". Nun haben Meinungsumfragen nur einen relativen Wert, ihre Ergebnisse können sich von heute auf morgen ändern. Der Politiker, der allein auf sie vertraut, der davon seine Handlungen bestimmen läßt, kann mancher Überraschungen gegenwärtig sein.

Doch in diesem besonderen Fall hat es eine bestimmte Bewandnis. Man braucht gar nicht die Institute für Meinungsumfragen zu bemühen, um festzustellen, daß in der Bevölkerung eine Unruhe und ein Unbehagen herrschen, das nicht der Unionsparteien zu Suche schlägt. Es hat sich oben herumgesprochen: Das Regierungsschiff wird von einem Steuer- mann gesteuert, der sich seines Kurses nicht sicher ist, und die Partei, der der Steuermann angehört, streitet sich nun darüber, ob sie den Mann ablösen und durch einen besseren ersetzen soll. Aber wo ist der Bessere? Manche denken, s i e seien es, und s i e trauen sich zu, den vom Glück wenig begünstigten Erhard abzulösen; doch sie sind nicht in der Lage, die Mehrheit der Parteifreunde von ihren Fähigkeiten zu überzeugen. Daraus bezieht nun der alte Steuer- mann seine vermeintliche Stärke; er will seine Unersetzlichkeit be- weisen und seiner innerparteilichen Kritikern den Wind durch markti- ges Auftreten aus den Segeln nehmen.

Aber wie immer dieses innerparteiliche Spiel, aufgeführt vor der ganzen deutschen Öffentlichkeit, auch ausgehen mag: Oben schwe- rer Schaden kommen die Unionsparteien nicht davon. Sie allein sind für all den Schlamassel verantwortlich, vor dem wir heute stehen. Sie haben nicht nur diesen Kanzler dem deutschen Volk offeriert, - kraft ihrer parlamentarischen Stärke - sie entwickelten auch die Politik, auf die sich dieser Kanzler stützt und die er nach innen und außen zu vertreten hat. Ihre katastrophalen Ergebnisse bekommt heute jeder zu spüren, obwohl die Objektivität zu sagen gebietet, daß Erhard nur ein Erbe übernahm, das ihm der Gründer der CDU und der erste Bundeskanzler überließ. Das mindert frei- lich nicht die Verantwortung und die Last der Union. Sie hat als übermächtige Regierungspartei der Bundesrepublik einen Stempel aufgedrückt, der nicht mehr paßt und nach Erneuerung ruft. Zur Erneuerung ist sie nicht fähig, sie müßte sich dabei selbst ver- leugnen. Die Union befindet sich auf schwankendem Boden, sie geht schweren Zeiten entgegen. Dies erklärt ihre Nervosität. Sie hungert nach Vertrauen, das sie sich selbst verscherzte. Es wird wohl für sie nicht mehr zurückzugewinnen sein. Dazu hat sie vielzuviel Beweise der Handlungsunfähigkeit geliefert.

## Diktatur der leeren Kassen

sp - Im nördlichen Bundesland, in Schleswig-Holstein, ist die Diktatur der leeren Kassen dabei, die Herrschaft zu übernehmen. Noch bevor das Stabilisierungsgesetz der Bundesregierung in seinen endgültigen Umrissen sichtbar ist, müssen im nördlichen Bundesland weitreichende Pläne zur Landesentwicklung auf Eis gelegt werden.

Das EWG-Entwicklungsprogramm, das Ministerpräsident Dr. Lemke (CDU) seinerzeit auf Drängen der Sozialdemokraten endlich vorlegte, hat rigorose Abstriche hinnehmen müssen. In einem Bundesland, das keineswegs schon einen Friedensstand an ausgeglichener Beschäftigungsstruktur auf der Grundlage gesicherter Arbeitsplätze besitzt, beginnt nun das rigorose Streichen.

Es ist gar kein Zweifel, das Stabilisierungsgesetz von Bundeskanzler Erhard hat aus der Sicht der Schleswig-Holsteiner zwei Perspektiven. Es wird endlich Zeit, daß die Inflation aufhört und die Deutsche Mark wieder stabil wird. Es wird aber auch endlich Zeit, daß dem nördlichen Bundesland von Bonn nicht noch mehr wirtschaftspolitischer Schaden angetan wird. - Nur eine mittelfristige Finanzplanung mit einer regional differenzierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kann noch drohende Wirtschaftseinbrüche in Schleswig-Holstein abwenden.

Im Norden herrschen zwar seit 1960 die Christlichen Demokraten im Bund mit der FDP. Seitdem ist der Lebensstandard in wesentlichen Bereichen, gemessen am Bundesdurchschnitt noch zurückgefallen. Mit 263 DM Umsatzsteuer und 14 DM Vermögenssteuer pro Einwohner im Jahre 1965 hielt Schleswig-Holstein jeden Rekord nach unten. Das Land kann sich finanziell nicht mehr bewegen, weil man von seinen Bürgern im letzten Jahr nur 379 DM an Landessteuern pro Kopf einziehen konnte, während es im Bundesdurchschnitt doch 548 DM waren. Und als markante Zahl sagt das Brutto-Inlandsprodukt aus, auf jeden Schleswig-Holsteiner entfielen im letzten Jahr nur 6 410 DM, während es im Bundesdurchschnitt 7 621 DM waren.

Es wäre nun folgerichtig, daß Ministerpräsident Dr. Lemke die Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat für das Stabilisierungsgesetz fordert, damit dem Land zwischen den Meeren durch höchst differenzierte Ausweitung des Stabilisierungsgesetzes weitergeholfen werden kann. Dr. Lemke aber ließ im Bundesrat für die einfache Mehrheit plädieren.

Es wäre ferner folgerichtig, wenn die Kieler Regierung den neuen Landtag, der im April gewählt wird, den Haushalt für das Jahr 1967 verabschieden ließe. Die Finanzsituation ist doch so verfahren, daß das jetzige Parlament nur noch Finanzlücken stopfen kann, indem es sie woanders aufreißt. Diese Landesregierung, in der man nur noch Zweckoptimismus macht, ist mit ihren finanz- und kulturpolitischen Vorstellungen am Ende.

Setzt der Bund weiterhin 39 Prozent der Einkommen- und Körperschaftsteuer durch, so fehlen in den Kieler Kassen 50 Mio. DM. Von den Bundesergänzungszuweisungen, die man sich in Höhe von 120 Mio. DM in Schleswig-Holstein erhoffte, kamen nur 30 Mio. Von 200 Mio. DM Anleihe nahm der Kapitalmarkt bislang überhaupt nur 110 Mio. DM auf. Am Ende bleiben die Abstriche. Statt bisher 10 000 sollen im Jahr künftig nur noch 5 000 Wohnungen sozial gefördert werden.

## Übereinstimmung zwischen Athen und Bukarest

### Schwerwiegende griechisch-rumänische Vereinbarungen

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Bukarest trat in den letzten Monaten mit seiner Außenpolitik wiederholt in das Blickfeld des europäischen Interesses. Enge Verbindungen zu westeuropäischen Ländern sind zweifellos das Ziel der rumänischen Politik. Im Rahmen eines gründlich vorbereiteten Konzeptes erfolgte auch der offizielle Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer und seines Außenministers Manescu in der griechischen Hauptstadt. Griechenland, das in dem neuartigen Balkanraum eine friedliche Politik gegenüber seinen Nachbarn betreibt, bereitete der rumänischen Delegation einen freundlichen Empfang. Die Besprechungen waren grundsätzlicher Natur und berührten Probleme, die beide Länder direkt interessieren. Fragen, die den Balkan betreffen und Themen, von denen die europäische Sicherheit und der Frieden in der ganzen Welt abhängig sind. Beide Regierungen stellten fest, daß für die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen breite Möglichkeiten gegeben seien. Die Regierungschefs und ihre Außenminister beschränkten sich bei den Verhandlungen nicht auf einen allgemeinen Gedankenaustausch, wie es bei dieser ersten direkten Kontaktaufnahme in der Nachkriegszeit vielleicht zu erwarten gewesen wäre, sondern bereinigten die Probleme, die noch aus der Kriegszeit her bestehen. "Griechenland und Rumänien", so erklärte der griechische Außenminister am Ende der Besprechungen, "haben niemals die Waffen gegeneinander erhoben - eine Tatsache, die auf dem Balkan zwischen zwei Völkern sehr selten zu finden ist".

### Entschädigung für Vertriebene

Der Außenminister erinnerte sogar daran, daß während des griechischen Freiheitskampfes in den Jahren 1821 bis 1829 die griechischen Freiheitskämpfer in Rumänien nicht nur Asyl fanden, sondern daß die Aufstände sogar von dort aus begannen. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden starke Spannungen, als die Angehörigen der zahlreichen griechischen Gemeinden in Rumänien gezwungen wurden, das Land zu verlassen und nach Griechenland zurückzukehren. Die Frage der Entschädigung blieb 16 Jahre lang ungelöst; erst jetzt wurde sie durch einen bilateralen Vertrag geregelt. Es wurde vereinbart, daß Bukarest an Athen 3 1/2 Millionen Dollar als Entschädigung für die Griechen, die aus Rumänien vertrieben worden waren, in jährlichen Rentenzahlungen von je 800 000 Dollar erbringen wird. Gleichzeitig verzichtete Bukarest auf die Eigentumsrechte an Gebäuden, für die es 1 1/2 Millionen Dollar verlangt hatte.

Nachdem dieser Punkt geklärt war, war der Weg frei für die Vorbereitung weiterer bilateralen Abkommen. Es handelt sich dabei um einen Vertrag über die Erledigung schwebender wirtschaftlicher Probleme beider Länder; einen Handelsvertrag mit fünfjähriger Laufzeit, der für das erste Jahr, das mit dem 1. Januar 1966 beginnt, auf beiden Seiten eine Erhöhung des Außenhandelsumfanges auf zehn Millionen Dollar vorsieht; weiterhin wurde ein Zahlungsabkommen über ein Kreditvolumen von einer Million Dollar unterzeichnet. Des Weiteren wurden getroffen: ein bilaterales Abkommen über die Seeschifffahrt, eine Vereinbarung über wirtschaftliche, technische und industrielle Zusammenarbeit, ein Vertrag über Lufttransporte, eine Vereinbarung über

Pflanzenschutz, ein Programm für einen kulturellen und wissenschaftlichen Austausch und schließlich ein Vertrag über die Intensivierung der postalischen Verbindungen. Beide Regierungen erklärten sich bereit, ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs noch stärker zu betreiben.

#### Gemeinsame Ziele

In dem Kommuniqué spiegelt sich der Geist der Athener Gespräche wieder, der hinter diesen Vereinbarungen stand. Beide Regierungen unterstrichen ihren Willen, "für die Verwirklichung eines Klimas der Entspannung und der internationalen Verständigung zu arbeiten, mit dem Ziel, Frieden und Sicherheit in der Welt zu erhalten". Um einen Fortschritt auf diesem Wege zu erringen, muß nach Ansicht Athens und Bukarest jedes Land seinen eigenen Beitrag dazu leisten, zwischenstaatliche Beziehungen im Geiste der Zusammenarbeit anzuknüpfen. Beide Seiten bekundeten ihre Verbundenheit mit der JNO-Charta und äußerten ihre Befriedigung darüber, daß in der 20. Session der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf Wunsch der Peripherie-Gebiete einstimmig beschlossen wurde, solche Initiativen zu ergreifen, die eine Verbesserung der Beziehungen zwischen benachbarten europäischen Staaten bewirken könnten, die verschiedenen sozialen Systemen angehören. Insbesondere erklärten beide Delegationen ihre Entschlossenheit, sich stärker um eine Zusammenarbeit unter Balkanländern zu bemühen, gestützt auf die Überzeugung, daß es sich dabei um einen positiven Beitrag zur Sache des Friedens handle. Die beiden Regierungschefs und ihre Außenminister erklärten, daß die verschiedenen Staatsreformen und sozialen Systeme, denen Griechenland und Rumänien angehören, wie auch ihre Teilnahme an verschiedenen politischen und militärischen Pakten kein Hinderungsgrund seien, freundliche Beziehungen und eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen ihren beiden Staaten zu entwickeln. Die griechischen und die rumänischen politischen Führer fanden bei ihren Gesprächen in Athen die Gelegenheit, feierlich ihren Glauben an das unveräußerliche Recht der Völker zu betonen, frei von äußerer Einmischung über ihr Schicksal zu entscheiden.

#### Im Dienste des Friedens

Was diese Formulierung für die rumänische Politik bedeutet, ist insofern klar, da Bukarest in letzter Zeit keine Gelegenheit ausläßt, sie bei Gesprächen im Ausland zu wiederholen. Schließlich sind auch die Erklärungen der beiden Delegationen nicht ohne tiefgehende Bedeutung, nach denen sie völlig in der Ansicht übereinstimmen, daß jede Auseinandersetzung zwischen zwei Staaten auf dem Verhandlungsweg mit friedlichen Mitteln gelöst werden müsse. Es wurde sogar besonders betont, daß beide Länder Anhänger der Prinzipien der Souveränität, der nationalen Unverletzbarkeit und der Nichteinmischung in Angelegenheiten Anderer seien.

Der rumänische Ministerpräsident hat seinen griechischen Kollegen Stefanopoulos zu einem Gegenbesuch nach Bukarest eingeladen; die Einladung wurde angenommen, aber noch kein Termin festgelegt.

Nachdem die Regierung die Beziehungen zu Bulgarien durch Beseitigung aller aus dem Kriege entstandenen Spannungen verbessert hat und die guten Beziehungen zu Jugoslawien noch vertiefen konnte, sind die griechisch-rumänischen Vereinbarungen von Athen die Basis zu einer neuen, friedlichen Entwicklung auf der Balkanhalbinsel. Athen beweist mit seiner Außenpolitik, daß es ein Faktor des Friedens, des Gleichgewichts und der Sicherheit in Südosteuropa ist, eine Tatsache, die seiner westlichen Verbündeten nur zugute kommen kann.